

L1 Für einen mündigen Konsum! Gesellschaftspolitik des 21. Jahrhunderts gestalten!

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 14.05.2017
Tagesordnungspunkt: 8. Leitantrag Abhängigkeit und Konsum

1 Freiheit und Selbstbestimmung sind seit jeher Grundpfeiler des Politikansatzes
2 der Grünen Jugend Rheinland-Pfalz.

3 Wir sind der Überzeugung, die Gesellschaft und die Politik müssen die Grundlagen
4 für ein gutes Leben für Alle bieten, unabhängig von Geschlecht, Herkunft,
5 Religion oder sexueller Identität. Ebenso darf der familiäre und finanzielle
6 Hintergrund nicht über die volle Inanspruchnahme der Freiheitsrechte einer
7 Person entscheiden. Diese stehen jedem Menschen in gleichem Umfang zu.

8 Während weite Teile der bundesdeutschen, aber auch internationalen Politik,
9 bürgerliche Freiheitsrecht- und Selbstbestimmungsrechte abbaut, sind wir
10 diejenige Kraft, die sich umso mehr für die individuellen Freiheitsrechte
11 einsetzt. Wir wollen diese nicht etwa durch weitreichende Überwachungsmaßnahmen
12 weiter abbauen, sondern weiterentwickeln. Die deutsche und rheinland-pfälzische
13 Gesetzgebung hat es in unseren Augen in manchen Bereichen verpasst den Sprung
14 ins 21. Jahrhundert zu machen. Unsere Lebensrealität, die Arbeitswelt, Freizeit-
15 und Konsumverhalten hat sich grundlegend geändert.

16 Dies stellt den Staat und uns als Gesellschaft vor immense Aufgaben. Diesen
17 wollen wir begegnen. Wir können und wollen diesen Wandel nicht aufhalten; wir
18 wollen ihn gestalten. Die Grünen Jugend setzt sich dabei für Nachhaltigkeit auf
19 allen Ebenen ein.

20 Ein Bedingungsloses Grundeinkommen für die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts

21 Für uns steht fest, dass ein Bedingungsloses Grundeinkommen(BGE) die
22 Selbstbestimmungsrechte und Gleichheitsrechte aller Menschen verteidigt und
23 erkämpft. Nur wer nicht in unmittelbarer Abhängigkeit von Erwerbsarbeit oder
24 anderen Personen steht, kann sein Leben frei gestalten. Ebenso trägt ein BGE der
25 sich verändernden Arbeitswelt Rechnung. Gesellschaftlich relevante Tätigkeiten
26 wie soziales Engagement, Pflege oder Kultur würden dadurch gefördert und der
27 Gesellschaft ein unbezahlbarer Mehrwert entstehen. Der gesellschaftlichen
28 Entsolidarisierung und Entpolitisierung würde entgegengewirkt und die
29 Chancengleichheit gestärkt. Der Staat ist immer darauf bedacht, die Menschen in
30 Arbeit zu bringen, dies kann aber nicht das oberste Ziel sein. Es widerspricht
31 auch dem Freiheits- und Demokratiedanken des Grundgesetzes.

32 Eine Auszahlung des BGE auch für Kinder wird ebenfalls dazu beitragen, eine
33 Chancengleichheit herzustellen. Die Zukunft von Kindern darf nicht von der
34 finanziellen Situation der Eltern abhängen. Ein BGE darf dabei allerdings
35 keinesfalls sämtliche Sozialleistungen ersetzen. Wer einen höheren Bedarf hat,
36 soll diesen auch weiter beziehen.

37 Drogenkonsum im 21. Jahrhundert - Prävention und Selbstbestimmung statt
38 Kriminalisierung und Bevormundung

39 Der Konsum von berauschenden Stoffen existiert schon seit Tausenden von Jahren.
40 Es handelt sich dabei durchaus um Kulturgüter. In verschiedenen Ländern
41 variieren dabei die üblichen Substanzen vom Trinken über das Rauchen von Opium

42 hin zum Kauen von Cocablättern. Alle Substanzen haben positive und negative
43 Wirkungen. Doch während Alkohol akzeptiert und legal ist, sind die meisten
44 anderen Substanzen verboten.

45 Die Grüne Jugend Rheinland-Pfalz fordert die Legalisierung aller psychotropen
46 Substanze ab 18 Jahren und deren Verkauf in Drogenfachgeschäften. Auch schon
47 jetzt legale Drogen, wie Alkohol und Nikotin sollen in Zukunft nur noch in
48 Drogenfachgeschäften erhältlich sein. Drogen sollen in den Fachgeschäften
49 ähnlich wie in Apotheken verkauft werden. Konsument*innen werden von speziell
50 geschultem Personal direkt über die Wirkungen und Gefahren des Konsums
51 beraten und erwerben saubere Substanzen. Der Anbau von Pflanzen zum Eigengebrauch
52 muss unabhängig von den Drogenfachgeschäften legal sein.

53 Auch die Probleme, die durch die repressive Drogenpolitik entstehen, müssen beim
54 Namen genannt und angepackt werden. Immer schärfere Gesetze bewirken dabei genau
55 das Gegenteil des gewünschten Effektes. Beschaffungskriminalität und
56 Drogenprostitution bestehen nur, weil Drogen nicht legal beschafft werden
57 können. Auch beruhen die meisten Drogennotfälle – teils mit tödlichen Folgen –
58 auf Streckstoffe (Shake) oder stark schwankenden Wirkungsstoffgehalten. Dem
59 würde durch den Verkauf von sauberen Stoffen entgegengewirkt. Einhergehen mit der
60 Legalisierung muss ein Werbeverbot für Drogen.

61 Der Ausbau von Hilfsangeboten für die Abhängigen ist entscheidend, um den
62 drohenden Ausschluss aus der Gesellschaft zu verhindern. Als erster Schritt sind
63 Spritzentauschprogramme, Konsumräume, mehr Sozialarbeiter*innen, sowie
64 Drugcheckingmöglichkeiten wichtige Bestandteile einer aufgeklärten
65 Drogenpolitik. Das Teilnehmen am Straßenverkehr unter Drogeneinfluss lehnen wir
66 selbstverständlich ab. Bisher führen jedoch schon der Nachweis von minimalen
67 Spuren von Cannabisabbauprodukten zum sofortigen Entzug des Führerscheins. Obwohl
68 bei den nachgewiesenen Mengen keinerlei Einschränkungen bestehen. Zum Vergleich:
69 Man trinkt Freitagabend ein Bier und fährt Sonntag mit dem Auto. Wird der
70 Bierkonsum von Freitag nachgewiesen, verliert man dafür seinen Führerschein..
71 Cannabis ist allerdings noch mehrere Tage bzw. Wochen nach dem letzten Konsum im
72 Blut nachweisbar, auch wenn keinerlei Wirkung mehr vorliegt. Wir setzen uns
73 daher für eine neue Regelung ein, die dieses Phänomen berücksichtigt und
74 selbstbestimmten Konsum ermöglicht.

75 Sowohl bei einer repressiven, als auch bei einer liberalen Drogenpolitik müssen
76 bestehende Präventionsmaßnahmen umfassend ausgebaut werden. Jugendliche und
77 Kinder müssen fortlaufend über die Gefahren des Drogenkonsums aufgeklärt werden.
78 Finanziert werden muss diese Präventionspolitik direkt durch Steuereinnahmen aus
79 dem Drogenverkauf.

80 Medienpolitik des 21. Jahrhunderts gestalten

81 Mediennutzung ist zum festen Bestandteil unseres Alltags geworden. Die Art der
82 Nutzung hat sich jedoch im Laufe der Zeit gewandelt. Mit mobilen Endgeräten und
83 sozialen Netzwerken wurde die Mediennutzung auf eine neue Ebene befördert.
84 Soziale Medien sind zu einem festen Lebensbestandteil vieler, insbesondere
85 junger Menschen geworden. Sie sind immer verfügbar und so schleichend
86 immertiefer in unseren Alltag vorgedrungen. Sie sind immer parat und werden
87 gerne und bereitwillig von vielen Menschen genutzt. In einer sehr kurzen Zeit ist
88 es möglich geworden von fast überall auf die unterschiedlichsten Inhalte
89 zuzugreifen und sie zu verbreiten. Dieser Prozess ist stetig und unaufhaltsam.

90 Ihm wohnt eine eigene Dynamik inne. Soziale Medien besitzen schon jetzt eine
91 enorme Macht, die sie vermutlich auch weiter ausbauen werden. Sie sind immer
92 verfügbar und lassen eine große, ungefilterte Informationsflut zu. Eine
93 Filterfunktion durch Verlage und Redaktionen, wie sie etwa Zeitungen, Radio oder
94 Fernsehen besitzen, fällt weg. Jede*r kann an dieser neuen Welt teilhaben. Das
95 direkte Erreichen anderer Menschen war nie so einfach. Dies birgt große Risiken,
96 aber auch Chancen. So können auf der einen Seite etwa sogenannten „Fake News“ in
97 Windeseile Verbreitung finden und Social Bots Meinungsbildungsprozesse massiv
98 beeinflussen. Der schmale Grat zwischen Meinungsfreiheit und strafbaren Aussagen
99 muss in der Gesellschaft und Politik intensiv detailliert diskutiert werden. Die
100 Polizei muss auch im Internet aktiver werden und Straftaten wie Volksverhetzung
101 und Drohungen konsequent verfolgen. Die Möglichkeit des Anzeigens solcher
102 Straftaten muss für Bürger*innen so einfach und niedrigschwellig wie möglich
103 gestaltet werden. Die Einrichtung einer Internetwache der Polizei befürworten wir.
104 Die direkte Kommunikation mit Menschen auf der gesamten Welt und der
105 Wissenstransfer, der dadurch möglich ist, sind immense Chancen der Digitalisierung.
106 Genau wie die Nutzung von sozialen Netzwerken und Chatprogrammen in autoritären
107 Regimen durch die Opposition.

108 Unser Ziel ist es, dass alle Mensch Medien reflektiert und kompetent nutzen
109 können. Der Macht der Medien, insbesondere die der neuen, „sozialen Medien“ gilt
110 es sich dabei bewusst zu machen.

111 Wir fordern daher das Programm "Net-Piloten" der Bundeszentrale für
112 gesundheitliche Aufklärung flächendeckend im gesamten Land voranzubringen. Dabei
113 handelt es sich um ein Programm, das Schüler*innen schult, wie ein gesunder und
114 mündiger Umgang mit Medien aussehen kann. Diese vermitteln das Gelernte dann auf
115 Augenhöhe den Schüler*innen der Klassen ihrer und jüngerer Altersgruppen. So
116 können effektiv die Risiken und Möglichkeiten der Onlinewelt vermittelt werden
117 und kritisch-reflektiertes und damit risikobewusstes, eigenverantwortliches
118 Handeln im digitalen Raum gefördert werden. Wir befürworten auch die Ausweitung
119 der sogenannten Laptopklassen, da somit Schüler*innen früh einen kompetenten
120 Umgang mit digitalen Medien lernen können. Eine Verweigerung oder Abschottung
121 gegen diese erachten wir als nicht sinnvoll und zudem auch nicht realistisch,
122 wenn nicht sogar schädlich. Das Prinzip des privaten Laptops in der Schule
123 (Bring your own device) lehnen wir aus sozialpolitischen Gründen ab. Der Staat
124 ist hier in der Pflicht im Rahmen der Lehrmittelfreiheit die Schüler*innen bzw.
125 die Schulen ausreichend auszustatten.

126 Die Digitalisierung begreifen wir als Herausforderung, der wir uns stellen und
127 die wir gestalten wollen. Die Öffentliche Verwaltung muss ebenfalls
128 flächendeckend auf Open-Source Software umsteigen um die Sicherheit zu erhöhen
129 und sich unabhängiger von Angeboten teurer Großkonzernen zu machen.

130 Wir verstehen Medienkompetenz als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wer umfassend
131 die Risiken und Vorteile der Medienwelt des 21. Jahrhunderts kennt, kann diese
132 auch selbstbewusst und reflektiert nutzen. Dazu gehört für uns auch das
133 konsequente Nutzen von Verschlüsselungstechnologien. Mit ausreichend
134 Medienkompetenz und Grundwissen ist ein mündiger Bürger im Gegensatz zu einem
135 gläsernen möglich. Daher fordern wir flächendeckenden Medienunterricht bereits
136 ab dem Grundschulalter, der sowohl programmieren, EDV, als auch einen
137 reflektierten Umgang mit Medien umfasst.

138 Verbraucher*innenschutz und nachhaltige Landwirtschaft

139 Der Staat ist in der Verantwortung eine nachhaltig gesunde Lebensgrundlage für
140 alle Menschen und Tiere zu gewährleisten. Daher ist konsequenter
141 Verbraucher*innen-, Tier- und Umweltschutz in allen Bereichen der Landwirtschaft
142 und der Tierhaltung unabdingbar, sowohl für die Menschen von heute, als auch die
143 Erdbewohner*innen von Morgen.

144 Die Art und Weise, wie Landwirtschaft aktuell in den Industriestaaten und vielen
145 Entwicklungsländern betrieben wird, ist nicht zukunftsfähig. Schwere Maschinen
146 und lange Transportwege führen zu einem hohen Verbrauch an fossiler
147 Energie. Konventioneller Anbau in Monokulturen führt zu unnötig hohem Einsatz von
148 Wasser und sogenannten Pflanzen- und Insektenschutzmitteln und zu Überdüngung.
149 Dadurch werden sowohl Artenvielfalt, als auch Fruchtbarkeit der Böden und die
150 Sauberkeit des Trinkwassers gefährdet. Durch dieses Verhalten wird die
151 Lebensgrundlage zukünftiger Generationen leichtfertig aufs Spiel gesetzt. Hinzu
152 kommen enorme Mengen an Verpackungsmüll, die durch unreflektiertes
153 Konsumverhalten entstehen. Gleichzeitig werden für einen viel zu großen
154 Fleischkonsum (verglichen mit den Empfehlungen der DGE) Unmengen an Wasser und
155 Lebensmittel an Schlachttiere verfüttert. Ein direkter Verzehr wäre deutlich
156 effizienter, günstiger und würde Ressourcen sparen.

157 Durch die billige Produktion von Fleisch in der Intensivtierhaltung wird eine
158 Nachfrage nach Fleisch erzeugt, die es bei angemessenen Produktionsbedingungen
159 vermutlich gar nicht gäbe. Durch die viel zu große Produktion und den hohen
160 Anteil von Fleisch in der Ernährung der westlichen Gesellschaft werden große
161 Mengen Land für den Anbau von Futterpflanzen benötigt. Insgesamt muss in der
162 Landwirtschaft dadurch auch viel mehr produziert werden, was sich unter
163 anderem an dem hohen Feinstaubausstoß bemerkbar macht. Durch den häufigen
164 Einsatz von Antibiotika in der Intensivtierhaltung werden außerdem
165 lebensbedrohliche multiresistente Keime erschaffen. Ziel muss es sein, die
166 Ernährung wieder in gesunde Bahnen zu lenken und die Landwirtschaft von dem
167 hohen Preisdruck zu entlasten. Wir setzen uns daher dafür ein, dass bereits
168 Grundschüler*innen Unterrichtsstunden im Kochen erhalten und das Thema Ernährung
169 in der Schule behandelt wird. Dabei sollen die Empfehlungen von neutralen
170 Fachgruppen wie der Deutschen Gesellschaft für Ernährung vermittelt werden. Im
171 Bereich der Landwirtschaft setzen wir dabei auf biologische, kleinbäuerliche
172 Landwirtschaftsbetriebe und Kooperativen. Desweiteren auch eine Kopplung der
173 Subventionen an biologisches und langfristiges Handeln. Dadurch werden die
174 Preise für Lebensmittel zwar moderat steigen, in Deutschland sind sie aber
175 verglichen mit dem westlichen Umland auch sehr günstig. Sozialpolitische
176 Maßnahmen müssen zeitgleich dafür sorgen, dass jede*r genügend Geld zum Essen
177 hat.

178 Diese Form der Landwirtschaft trägt erheblichen Anteil am
179 Klimawandel. Insbesondere auch als ein Hauptemittent von Feinstaub, aber auch
180 durch die Bildung von multiresistenten Keimen durch Übermengen an Antibiotika für
181 Masttiere, gefährdet sie direkt die Gesundheit der Menschen und das Klima. Längst
182 gibt es Alternativen zur industriellen Landwirtschaft, die mehr staatliche
183 und zivilgesellschaftliche Unterstützung benötigen. Wir stehen für biologische,
184 kleinbäuerliche Landwirtschaft in Form von solidarischer Landwirtschaft
185 (Community Supported Agriculture), Permakultur und weiteren vielversprechenden
186 alternativen Landwirtschaftsformen ein.

187 Wir streiten für niedrigere Grenzwerte für Pestizide, Herbizide, Fungizide und
188 Düngemittel sowie Verbote von allen Substanzen, deren Unschädlichkeit für Mensch
189 und Umwelt nicht bewiesen ist. Damit einhergehend fordern wir eine Stärkung von
190 saisonalem, biologischem, tierfreundlichem und regionalem Lebensmittelkonsum und
191 -erzeugung. Darunter fallen etwa auch Alternativen für den sehr wasserintensiven
192 Baumwollanbau.

193 Nachhaltigen Konsum voranbringen

194 Unser Konsum, sei es von Kleidung, Lebensmitteln oder anderen Konsumgütern hat
195 direkte Auswirkungen auf Menschen, Tiere, sowie Umwelt und Klima.

196 Wir müssen ein Bewusstsein dafür schaffen, welche Auswirkungen etwa ein Flug,
197 unsere Ernährung, unsere Kleidung und einfach jeglicher Konsum auf unsere
198 Menschen, die Umwelt und unsere Gesellschaft im Allgemeinen hat.

199 Durch nachhaltigen Konsum alleine kann bereits viel in der Welt verändert werden.
200 Ziel ist es, dafür zu sorgen, dass Konsument*innen darüber nachdenken, inwieweit
201 der Kauf eines Produktes wirklich notwendig ist.

202 Um Anreize für nachhaltigen Konsum zu schaffen, fordern wir eine Senkung der
203 Mehrwertsteuer für Reparaturdienstleistungen, genauso für Lebensmittel die ohne
204 Verpackungsmaterial, z.B. in Unverpackt-Läden, auskommen. Wir setzen uns für
205 einen nachhaltigen Konsum in allen Bereichen ein. Wir fordern daher, dass für
206 die Beschaffung des Landes und der Kommunen faire und ökologische Richtlinien
207 eingeführt werden und regionale Warenkreisläufe sowohl privat als auch
208 öffentlich gefördert werden.

209 Klimagerechtigkeit/Energie

210 Wir konsumieren nicht nur Medien, Nahrung oder Suchtstoffe, auch Energiekonsum
211 ist für uns zur Selbstverständlichkeit geworden. Aus dem Alltag ist er nicht
212 mehr wegzudenken.

213 Die Strom- und Wärmeproduktion in Deutschland und großen Teilen der Welt hängt
214 immernoch im Wesentlichen an fossilen Energieträgern. Das alles bleibt nicht
215 ohne Folgen. Die Jahre 2014, 2015 und 2016 knackten jeweils den traurigen Rekord
216 des heißesten Jahres seit Beginn der Klimaaufzeichnungen. Die Folgen für die
217 Menschen insbesondere in den ärmsten Regionen der Welt sind verheerend: Dürren,
218 Hungersnöte, Extremwetterereignisse. Mit einem Wort: Klimawandel.

219 Geographisch gesehen trifft der Klimawandel vor allem die Regionen des globalen
220 Südens, die in der Vergangenheit fast keine Treibhausgase in die Atmosphäre
221 ausgestoßen haben und auch heute häufig nur relativ geringe
222 Treibhausgasemissionen aufweisen. Auf der anderen Seite haben die Staaten des
223 globalen Nordens seit der Industrialisierung enorme Mengen an Treibhausgasen
224 ausgestoßen und machen dies auch weiter, wodurch schon heute eine
225 Klimaveränderung zu registrieren ist.

226 Das Verursacherprinzip, das auch Basis des deutschen und internationalen
227 Rechtssystems ist, muss auch auf die Klimaveränderungen angewandt werden.

228 Daher fordert die Grüne Jugend den Ausstieg aus der höchst klimaschädlichen
229 Kohle bis 2025 und den sofortigen Atomausstieg. Die Entwicklungshilfe und
230 finanzielle sowie materielle Ausgleichsmaßnahmen für Klimawandelfolgen im globalen Süden
231 müssen massiv ausgeweitet werden. Ein Engagement der Bundesrepublik für neue

- 232 Atom- und Kohlekraftwerke etwa in Brasilien lehnen wir strikt ab.
233 Anschubfinanzierungen für Projekte insbesondere in der Photovoltaik- und
234 Winderenergiebranche in Entwicklungs- und Schwellenländern sind nötig. So werden
235 die regionale Wertschöpfung gestärkt, Arbeitsplätze geschaffen und die
236 natürliche Lebensgrundlage der Menschen erhalten.